

Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Bernd Schattner, Leif-Erik Holm, Dr. Malte Kaufmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/6419 –**

Die drohende Rezession stoppen und ökonomisches Wachstum für deutsche Unternehmen und Bürger generieren

A. Problem

Aufforderung an die Bundesregierung, mit verschiedenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen einer Rezession und Deindustrialisierung in Deutschland entgegenzuwirken.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/6419 abzulehnen.

Berlin, den 21. Juni 2023

Der Wirtschaftsausschuss

Michael Grosse-Brömer
Vorsitzender

Christian Leye
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Christian Leye

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 20/6419** wurde in der 101. Sitzung des Deutschen Bundestages am 28. April 2023 an den Wirtschaftsausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Soziales und an den Ausschuss für Klimaschutz und Energie zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die antragstellende Fraktion der AfD bemängelt, dass die Deindustrialisierung in Deutschland voranschreite. Zunehmend würden Unternehmen in die Insolvenz oder ins Ausland getrieben. Zugleich drohe Deutschland, im Jahr 2023 in eine Rezession zu fallen. Die Fraktion macht hierfür mehrere Gründe aus: Globalisierungsbestrebungen hätten gewichtige Teile der Produktion ins Ausland verlagert, der Inflation Reduction Act der USA mit seinen Investitionsanreizen verschärfe die Lage zusätzlich. Hinzu komme die mit der durch die Fraktion abgelehnten „Energiewende“ einhergehende Abschaltung grundlastfähiger Kern- und Kohlekraftwerke, was für starke Preiserhöhungen Sorge. Des Weiteren nennt die Fraktion der AfD als Ursachen die Abkehr von fertigungsorientierten- und Handwerksberufen sowie – insbesondere – eine überbordende Bürokratie, etwa im Steuerrecht oder in Bezug auf industrielle Lieferketten.

Die Fraktion der AfD schlägt dem Deutschen Bundestag deshalb vor, die Bundesregierung aufzufordern, bis zum 30. Juni 2023 ein Bürokratieentlastungsgesetz vorzulegen, um mittelständische Investitionen durch einen umfangreichen Bürokratieabbau zu entfesseln. Zugleich sei die „Grüne Transformation“ durch die Rückabwicklung der Förderungen und Begünstigungen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz sowie der bevorzugten Behandlung bei der Genehmigung der Installation „sogenannter Erneuerbarer Energien“ zu unterbinden. Darüber hinaus spricht sich die Fraktion dafür aus, die Laufzeit der drei Anfang 2023 noch betriebenen und, soweit möglich, der im Jahr 2021 abgeschalteten Kernkraftwerke durch Abänderung des Atomgesetzes (AtG) bis mindestens 2040 zu verlängern, die Planung neuer Kernkraftwerke der nächsten Generation durch Modifizierung von insbesondere § 7 und § 9 AtG voranzutreiben sowie den Betrieb von Kohlekraftwerken dauerhaft zu ermöglichen. Zudem seien die Rahmenbedingungen für attraktive Arbeitsbedingungen und wertschöpfende Arbeitsplätze zu schaffen und schließlich der Aufbau regionaler Liefernetzwerke in der jeweiligen Absatzregion durch die Wirtschaft zu unterstützen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/6419 in seiner 55. Sitzung am 21. Juni 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/6419 in seiner 53. Sitzung am 21. Juni 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 20/6419 in seiner 50. Sitzung am 21. Juni 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Klimaschutz und Energie** hat den Antrag auf Drucksache 20/6419 in seiner 69. Sitzung am 21. Juni 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Wirtschaftsausschuss hat den Antrag auf Drucksache 20/6419 in seiner 50. Sitzung am 21. Juni 2023 abschließend beraten.

Der **Wirtschaftsausschuss** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/6419.

Berlin, den 21. Juni 2023

Christian Leye
Berichtersteller